

## **Freiheit, Eigenverantwortung und das eidgenössische Staatswesen**

Diskussionsbeitrag anlässlich des 15. Ausserordentlichen Gesprächs „Ja zur Schweiz“, der Stiftung Lilienberg Unternehmerforum, Ermatingen. 1. Oktober 2009.

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung, zum Thema Eigenverantwortung und Freiheit einen kleinen Denkanstoss geben zu können. Ich bin mir der zeitlichen 10 Minutenlimite und meiner eigenen Kompetenzlimiten bewusst. Ich möchte 3 Aspekte des Freiheitsbegriffs ansprechen: 1. historisch, 2. philosophisch, 3. politisch. Ich verstehe meine Aufgabe darin, Denkanstösse zu geben. Das heisst, ich liefere Ihnen ein paar Thesen, die Sie kritisieren können, und ein paar Fragen, wo wir die Antwort dann eventuell gemeinsam finden können, oder eben auch nicht, was auch schon eine Erkenntnis ist. Von einem Politiker erwarten Sie normalerweise klare Antworten. Wenn er die nicht hat, gilt er schnell einmal als profillos. Andererseits sind Sie vermutlich nicht deshalb hier, weil Sie schlagwortartige Statements erwarten, die Ihnen das Denken abnehmen. Albert Camus meinte einmal, die einzige Partei, in der er sich wohl fühlen würde, sei die Partei der Leute, die nicht sicher seien, ob sie Recht haben. Betrachten Sie bitte das Folgende unter diesem Aspekt. Die mögliche Pointe, dass das typischerweise ein CVPler zu Ihnen sagt, die wir ja allgemein als die Meister des Vagen und Unverbindlichen gelten, diese Pointe erspare ich Ihnen, indem ich sie jetzt vorweg genommen habe.

1. Auch wenn wir Schweizer historisch den Begriff „Freiheit“ sehr stark mit der Geschichte unseres Staats schon seit 1291 verbinden, korrekt ist das nicht. Die Freiheitsidee, die unseren Staat prägt, ist jünger, ein Kind der Aufklärung, konkret ausgestaltet in den Gründungsjahren der Vereinigten Staaten. Im 19. Jahrhundert wurde aus diesen Ideen der Mythos 1291, dank Schiller. Wenn wir die schwörenden Eidgenossen direkt mit unserer Freiheitsidee verbinden, schauen wir eigentlich aus dem 21. Jahrhundert mit einer Brille des 19. Jahrhunderts auf das 13. Jahrhundert, und drücken das mit Worten des 18. Jahrhunderts aus. Die Gründungsgeschichte der Vereinigten Staaten zeigt eindrücklich, wie man einen Staat aufbaut, der auf dem Naturrecht der Freiheit basiert. Mich fasziniert an dieser Gründungsgeschichte die ungeheure geistige Kraft, wie man einen Staat konstituieren will, der auf den Naturrechten aufbaut. Der Staat überlässt die Macht der Menschen über andere Menschen nicht mehr der Willkür von Herrschern. Er minimiert die Macht institutionell auf das Grundlegende und Allernötigste. Der dritte Präsident Thomas Jefferson, der wesentliche Autor der Unabhängigkeitserklärung, schreibt dort hinein: zu den

unveräusserlichen Grundrechten gehören „life, liberty, and the pursuit of happiness.“ Ganz bewusst schreibt er nicht bloss „happiness“. Denn es ist nicht Staatsaufgabe, das Glück vorzuschreiben und bereitzustellen, sondern nur das Recht und die Möglichkeit, nach Glück zu streben. Was unter happiness verstanden wird, bleibt in der Eigenverantwortung des Individuums. Das ist echt freiheitlich. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass alle auf die Jagd gehen können, aber er hat nicht zu befehlen, wonach sie jagen dürfen, wenn sie das Glück suchen. Jefferson war gleichzeitig auch der geistige Konstrukteur des Föderalismus. Für ihn sollten die Vereinigten Staaten ein möglichst loser Staatenbund bleiben. Seine Doktrin der Nullifikation gibt Staaten sogar das Recht, Gesetze der Zentralgewalt, die ihnen schädlich scheinen, nicht anzuwenden. Sie wissen es selbst: die Bildung des Schweizerischen Bundesstaats 1848 lehnt sich in vielen Dingen an diese Gedanken der Gründungsgeschichte der USA an. Und wenn wir uns überlegen, wie wir die Zukunft des Schweizerischen Bundesstaats gestalten sollten, sind die Leute, die damals einen freiheitlichen föderativen Staat diesseits und jenseits des Atlantiks konzipierten, nicht die schlechtesten Ratgeber.

2. Philosophisch ist natürlich der Begriff der Freiheit extrem vielgestaltig, und diskussionsbedürftig. In der politischen Philosophie wird – neben vielen andern Diskussionen - die negative Freiheit der republikanischen gegenübergestellt. Die negative Freiheit bedeutet Abwesenheit von regulatorischem Zwang. Dieser Freiheitsbegriff ist vor allem in die liberale Ökonomie eingeflossen, zum Beispiel bei Milton Friedman. Die republikanische Freiheit, vertreten vor allem von Quentin Skinner, versteht Freiheit als Abwesenheit von willkürlicher Herrschaft. Um keine Willkür zuzulassen, sind Gesetze nötig, die die Freiheit einschränken. Wie weit man diese *Einschränkung der Freiheit zugunsten der Freiheit* machen darf oder muss, ist zum Beispiel gerade in der heutigen Terrorismus-Bekämpfungsdebatte aktuell.

Ich finde es interessant, dass die philosophische Debatte um die Freiheit vor allem in angelsächsischen Ländern geführt wird. Sie finden mehrere Bücher zum Freiheitsbegriff in Englisch, aber kaum eines in Deutsch. In Deutsch finden Sie vor allem Bücher zum Begriff Gerechtigkeit oder Gleichheit. Das scheint mir typisch.

3. Bei der politischen Bedeutung der Freiheit möchte ich wieder an die historischen Wurzeln anknüpfen. Die Schweiz hat es in ihrer Gründungszeit verstanden, ähnlich wie die USA, einen Bundesstaat einzurichten, der institutionell dafür sorgt, dass die Freiheit der Menschen maximiert werden kann. Wie meine ich das? Die Instrumente

der direkten Demokratie geben dem Souverän die Möglichkeiten, die Macht von Parlament und Regierung massiv zu beschränken. Der Föderalismus bricht die Macht der Zentralregierung. Die Subsidiarität verlagert die grösstmögliche Zahl an Entscheidungen auf die tiefstmögliche Ebene. Die Regierungen sind konkordant zusammengesetzt, mit allen grösseren politischen Kräften. Die Parlamentsmehrheiten entscheiden wechselnd von Fall zu Fall als Opposition oder Regierung. Der Bundesrat kennt keinen Regierungschef, sondern nur einen jährlich wechselnden Sitzungsmoderator mit bloss repräsentativer Autorität. All diese Konstruktionen dienen dem Grundgedanken, der den Schweizerischen Bundesstaat prägt, nach dem Vorbild der USA: *Die Macht von Menschen über andere Menschen auf das absolute Minimum zu reduzieren, die Willkür zu verunmöglichen.* Und dadurch, gerade dadurch, *die Freiheit der Menschen auf das mögliche Maximum zu erhöhen.* Die Schweiz ist – aus meiner Sicht – *ein Bundesstaat, der institutionell eine Freiheitsmaximierungs- und Machtminimierungsveranstaltung* darstellt, wie sie einmalig ist unter den real existierenden Staaten. Diese Freiheit ist bedroht, weil sie unbequem und selbstverständlich geworden ist. Unbequem, weil Freiheit Eigenverantwortung verlangt, Risikobereitschaft, unternehmerisches Denken. Freiheit bringt Unsicherheit, Wagnis. Das ist nicht unbedingt bequem. Selbstverständlich ist sie geworden, weil wir immer weniger merken, dass die Schaffung und Erhaltung der Freiheit anstrengend ist.

Freiheit ist bedroht durch Gegen-Bewegungen: den Etatismus und die political correctness. Bis weit in bürgerliche Kreise traut man es dem Staat mehr zu als den eigenverantwortlichen Menschen, politische und gesellschaftliche Probleme zu lösen. Mit Gesetzen, mit Steuergeldern, mit Abhängigkeiten vom Staat. Die political correctness ist subtiler: entstanden gerade auch in den freiheitlichen USA, um Minderheiten zu schützen, ist daraus ein Diskurs-, Sprach- und teilweise Denkverbot geworden, das nicht demokratisch kontrolliert wird, sondern von Medien, Main stream, Moden, Zeitgeist bestimmt wird, ohne dass man genau zuweisen kann, wer die Verantwortung dafür trägt. Aber wer historische und ethische Debatten an Kommissionen delegiert, die dann ex cathedra das richtige Geschichts- oder Menschenbild bestimmen wollen, der ersetzt den freiheitlichen Diskurs durch willkürlich bestimmte Denkgebote, das heisst auch Denkverbote. In diesem Sinne müssten die Bürgerlichen wieder Mehrheiten schaffen, die liberale Lösungen den etatistischen konsequent gegenüber stellen. Die Bürgerlichen müssten auch den Mut

haben, für gewisse Probleme und Befindlichkeiten nicht zuständig zu sein, und deren Lösung den eigenverantwortlichen Menschen zu überlassen. Das erfordert Kraft. Denn heutzutage wird man als Politiker gemessen an der Zahl der Aktionen, die man unternimmt, und nicht an der Zahl der Gesetze, die man verhindert hat, weil sie die Freiheit einschränken und die Eigenverantwortung schwächen. Es braucht Mut, auch bei Zuständen, wo Menschen ihre Freiheit nicht richtig gebrauchen, ihnen und allen andern die Freiheit nicht zu nehmen mit neuen Gesetzen und Einschränkungen, sondern sie auf ihre Eigenverantwortung zu verpflichten. Einfach gesagt: wer es als ein Gebot der Freiheit erachtet, den Menschen nicht vorzuschreiben, wie viel und wo sie rauchen oder trinken sollen, muss diesen Menschen aber auch die Eigenverantwortung lassen, die medizinischen Folgen ihres Tuns selbst zu finanzieren. Eigenverantwortung radikal weiter gedacht bedeutet aber auch, dass ein Autofahrer, der mit 200km/h sich in den Rollstuhl fährt, diesen und die lebenslangen Kosten aber auch selbst übernehmen müsste. Will man so weit gehen? Ich nehme an, dass wir ja nachher noch etwas diskutieren können, und gebe gerne zu, dass ich vereinfache und provoziere. Ich habe nichts Fertiges zu liefern.

Die Schweiz ist der Staat, der die Idee der Freiheit grösstmöglichst institutionalisiert hat. Die Gründerväter der USA standen Pate. Schon sie wussten: die höchste Aufgabe eines Staates ist die Garantie der Grundwerte Leben und Freiheit, und die Ermöglichung der Pursuit of happiness. Die Schweiz setzte das um, aber diese freiheitliche Stärke der Schweiz geht kontinuierlich verloren. Vielleicht würde es helfen, sich wieder daran zu erinnern, wie das Ganze einmal gedacht war. Ich bin nicht sicher. Aber wünschen würde ich es mir.

Gerhard Pfister, CVP Kanton Zug, Nationalrat